



***Positionspapier  
zur aktuellen  
Hochschulpolitik***

## ***Junge Union im Landkreis Ebersberg***

V.i.S.d.P. JU-Kreisvorsitzender Tobias Scheller, Oberpframmern

### **Präludium**

Bedingt durch die Aussetzung der Wehrpflicht werden 5.500 zusätzliche Studienplätze für das Sommer- und Wintersemester 2011 in Bayern benötigt. Auf Grund des doppelten Abiturjahrgangs im Jahre 2011 werden bis zum Jahr 2011 38.000 zusätzliche Studienplätze in Bayern neu aufgebaut, jedoch werden diese zusätzlichen Kapazitäten nicht ausreichen um sowohl die erhöhte Studentenzahl auf Grund des doppelten Abiturjahrgangs als auch bedingt durch die Aussetzung der Wehrpflicht auszugleichen.

### **Aktuelle notwendige Maßnahmen aus Sicht der Jungen Union**

Um die oben genannten Herausforderungen lösen zu können, sollten folgende Maßnahmen in Betracht gezogen werden.

- Im Allgemeinen sollte versucht werden, Ressourcen, die durch höhere Semester an den Universitäten gebunden sind, durch sinnvolle Maßnahmen und Anreize freizusetzen um diese für Studienanfänger nutzen zu können. Hierbei wäre u.a. Folgendes denkbar:
  - o Ausbau der Möglichkeiten zum Studium in anderen EU Ländern bzw. anderen Kontinenten um das Vorziehen von Auslandssemestern zu ermöglichen. Hierbei sollten v.a. auch Studenten der naturwissenschaftlichen und technischen Studiengänge ermutigt werden eine Auslandserfahrung zu machen.
  - o Vorverlegung von Pflichtpraktika im Studiencurriculum.

- o Vermehrte Einführung bzw. Ausbau von so genannten „Summer bzw. Winter Schools“, die abgeschlossene Blockveranstaltungen auch während der Semesterferien ermöglichen. Ursprünglich stellt dies eine Möglichkeit dar ausländischen und deutschen Studenten die Belegung von Kursen in der Vorlesungssprache englisch während der vorlesungsfreien Zeit zu ermöglichen wobei hierbei auch oft ausländische Gastdozenten zum Einsatz kommen.
- Außerdem wären Maßnahmen notwendig um die Zahl der neuen Studienanfänger auf das Folgesemester bzw. Folgejahr zu entzerren:
  - o Ausbau und staatliche Förderung von dualen Studiengängen, wobei diese mit einem Praxissemester beginnen sollten.
  - o Besonders starke Incentivierung des freiwilligen Zivildienstes, des freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres in Deutschland bzw. im Ausland im Jahre 2011 sowohl durch finanzielle Mittel als auch durch die mögliche Anrechnung als Wartesemester.
  - o Streichung Minimalanzahl Schüler für das Jahr 2011 für FOS 13 / BOS 13.
  - o Hier sei als langfristiges Ziel auch die Einführung von optionalen Trimestern genannt.
- Neben diesen Maßnahmen müssten grundsätzlich kurzfristig mehr Studienplätze aufgebaut werden: Mögliche Elemente stellen hierbei die Aufhebung der Wiederbesetzungssperre sowie Anstellung zusätzlicher lehrender wissenschaftlicher Mitarbeiter dar, wobei dieses Ziel kurzfristig auch durch den Einkauf von Studienplätzen an privaten Universitäten bzw.

im Ausland für das jeweilige „Grundstudium“ erreicht werden könnte. Als Beispiel sei die Förderung des Physikums an der Semmelweis Universität in Budapest genannt. Dieses Physikum wird voll an deutschen Universitäten anerkannt und stellt somit ein 100% Substitut zu einem deutschen Studienanfängerplatz für Mediziner dar.

- Um die Konzentration der Lehrinhalte auf die wesentlichen Herausforderungen der Zukunft zu erhöhen ist grundsätzlich bei vielen Fachgebieten das Curriculum der neu geschaffenen Bachelor- und Masterstudiengänge zu bereinigen, wobei dies u.a. für die Nebenfächer in Ingenieur- und Naturwissenschaften gilt.
- Andere Herausforderungen wie z.B. mangelnde Kapazitäten an großen bzw. kleinen Vorlesungsräumen könnten durch die kurzfristige Anmietung von leer stehenden Bürogebäuden (derzeit immer noch hohe Leerstandsquoten in sämtlichen deutschen Großstädten), von freien Kinosälen oder durch die Förderung des Studentischen Home-Offices z.B. durch die Bereitstellung von Internetstreams der Vorlesungen behoben werden.

### **Finanzierung der oben genannten Maßnahmen**

Zusätzliche notwendige finanzielle Mittel sind hierbei durch Bund und Land gemeinsam zu tragen, da die Aussetzung der Wehrpflicht vom Bund beschlossen wurde und somit entsprechend notwendige zusätzliche finanzielle Mittel nach dem Konnexitätsprinzip durch den Verursacher zu tragen sind. Finanziert werden könnte dies u.a. auch durch die Mehreinnahmen des Haushaltes 2011 des Freistaats Bayern.

Die Universitäten sollten außerdem in Betracht ziehen, einen großen Teil der freien Mittel aus den Studiengebühren stark für neue Studienplätze zu priorisieren.